

„Verkehr, Verkehr, Verkehr, das ist es, was zählt“

GEWERBE Unternehmer an der Umgehungsstraße sprechen sich gegen die geplante Umgehung aus

Von Tina Vonderheid

LAUTERBACH. Es gibt die Befürworter der geplanten Umgehungsstraße, die strikten Gegner und sicherlich so manchen, dem sie egal ist. Strikte Gegner – sicherlich keine Überraschung – sind die Unternehmer und Geschäftsleute an der jetzigen Umgehungsstraße, die allesamt mit massiven Umsatzeinbußen rechnen.

Uwe Hedrich, einer der beiden Geschäftsführer von **Euronics XXL** in Lauterbach, blickt zurück ins Jahr 2010. „Dah-

mals haben wir bereits gegen den Planfeststellungsbeschluss Einspruch eingelegt.“ Und er macht deutlich: „Mindestens zehn Prozent unseres Umsatzes verdienen wir mit dem Durchgangsverkehr. Sehen und gesehen werden spielt eine sehr große Rolle.“ Die Umgehung würde ein schnelles Vorbeifahren begünstigen, ein Umsatzverlust sei dann vorprogrammiert. Was sich natürlich auch auf die Stadt auswirke in Bezug auf die Gewerbesteuer. Deshalb hält es Hedrich für wichtig, dass die Stadt als Ganzes agiert. „Eine deutliche Einbuße beim Umsatz hätte bei uns natürlich auch weniger Ausbildungsplätze zur Folge“, befürchtet er.

Ähnlich sieht es **Willi Bartosch**, Geschäftsführer des **Autohauses Rausch**. „Mal ganz abgesehen davon, dass mein Unternehmen ein ganz eigenes Interesse daran hat – Tankstelle und Laufkundschaft Gebrauchtwagen –, dass der Durchgangsverkehr an der jetzigen Umgehungsstraße erhalten bleibt, finde ich es widersinnig, die Innenstadt aus dem ‚Dornröschenschlaf‘ erwecken zu wollen, gleichzeitig aber mit einer neuen Umgehungsstraße, das Sig-

nal zu senden, fährt so schnell an Lauterbach vorbei wie es nur geht.“ Für sein Unternehmen (52 Mitarbeiter, davon sieben Auszubildende) werde die neue Umgehungsstraße erhebliche Umsatzeinbußen mit sich bringen. Die Tankstelle werde sicherlich Umsatzzrückgänge von bis zu 40 Prozent zu verzeichnen haben. Der Neuwagenverkauf werde sehr wahrscheinlich nicht betroffen sein, da sich hier die Verbraucher über Internet und durch direkten Kontakt mit ihrem Verkäufer informierten. Im Gebrauchtwagenbereich sehe dies anders aus. „Zwar spielt als Infoquelle auch hier das Internet eine stetig zunehmende Rolle, aber durch die Präsentation unserer Gebrauchtwagen an der jetzigen Umgehungsstraße erzielen wir einen sehr hohen Aufmerksamkeitswert, der sich durch entsprechende Kaufabschlüsse widerspiegelt. Auch der Bereich Kraftfahrzeug-Service wird sicherlich durch weniger ‚Laufkunden-Frequenz‘ beeinträchtigt werden“, schätzt Bartosch die Situation ein. „Folge wird sein, dass Kosten eingespart werden müssen. Man kann leicht nachvollziehen, dass dies zuerst Personalkosten sein werden. Eine Verringerung der Belegschaftsstärke zwischen zehn und 15 Prozent wird wahrscheinlich sein.“

Die Diskussionen und Entwicklungen rund um die Umgehungsstraße beobachtet auch **Joachim Neidig**, Franchisenehmer von **Mc Donald's** ganz genau. „Sie hätte mit Sicherheit gewaltige Auswirkungen, denn wir leben vom Durchgangsverkehr. Viele Autos, die bei uns halten, haben Kennzeichen von weiter weg. Für die Anwohner mag die Umgehung angenehmer sein, für die Gewerbetreibenden hätte



Euronics profitiert vom Durchgangsverkehr an der jetzigen Umgehungsstraße.

sie negative Auswirkungen und natürlich könnte es längerfristig auch Stellenabbau bedeuten.“

„Als Bürger von Gelnhausen und Betreiber des Burger King in Lauterbach bin ich gegen die Umgehungsstraße. Wenn ich dort wohnen würde, weiß ich allerdings nicht, wie ich mich verhalten würde“, erklärt **Gerd Lehnert**, selbstständiger Unternehmer und Franchisenehmer von **Burger King**. „Es würde natürlich starke Einschränkungen bedeuten, weniger Verkehr, weniger Gäste, das ist ganz klar. Ich werde Einspruch einlegen und hoffe, es bringt etwas.“ Allein die Baustellen – beispielsweise in Blitzenrod oder zwischen

Maar und Reuters – in diesem und im vergangenen Jahr hätten sich negativ bemerkbar gemacht. „Verkehr, Verkehr, Verkehr, das ist es, was zählt. Was die Umgehung letztlich bedeuten würde, sieht man aber erst, wenn es so weit ist.“

Rewe-Marktleiterin Katrin May erklärt ebenfalls, dass sich jegliche Baustellen sofort bemerkbar machen, denn die Leute kämen schon auch aus der weiteren Umgebung. „Wenn die Umgehung kommt, fahren alle an Lauterbach vorbei. Da haben sie eine Abbiegespur vor unseren Markt gemacht, aber für was? Das waren dann auch nur unnötige Kosten“, findet sie.



Tankstelle und Autohaus Rausch: Umsatzzrückgänge werden von Geschäftsführer Willi Bartosch befürchtet. Fotos: mh/ti



Auch die Fastfood-Restaurants und Rewe haben viele Kunden auf der Durchreise.

„Planerische Flickschusterei von Anfang an“

CONTRA Der ehemalige Aktionsgemeinschafts-Vorsitzende Rudolf Dietrich kritisiert Bau, Planer und Politik und fordert neue, offene Diskussion

LAUTERBACH (red). Ein bekennender Gegner einer neuen Lauterbacher Umgehungsstraße ist Rudolf Dietrich, der frühere Vorsitzende der Lauterbacher Aktionsgemeinschaft. „Die Bedenken gegen die geplante Trasse wachsen und sind größer als bisher angenommen. Immer mehr Bürger befürchten gravierende Auswirkungen auf Industrie, Handel und Gewerbe und damit auch auf bestehende Arbeitsplätze“, ist der 79-Jährige überzeugt.

Grund für die Planung der B 254 seien vor etwa 40 Jahren nicht etwa eine hohe Verkehrsdichte oder Unfallhäufigkeit auf der jetzigen Bundesstraße, sondern rein militärisch-strategische Überlegungen gewesen, eine direkte Verbindung von der Zonengrenze bis nach Gießen zu schaffen. „Planerische Flickschusterei begleitete das Projekt von Beginn an. So war im ersten Bebauungsplan lediglich eine einzige Auf- und Abfahrt für die Kreisstadt Lauterbach in der Vorortgemeinde Maar vorgesehen. Nur auf Grund der Interventionen der damaligen Aktionsgemeinschaft, die sich kritisch mit dem Neubau auseinandersetzte, wurde ein direkter

Anschluss (Schlitzer Straße) in die Planung mit aufgenommen. Eine naheliegende Einbindung des Ortschafts Reuters in die geplante Umgehung kam während der über Jahrzehnte gehenden Planung weder den Planern noch den Lauterbacher Kommunalpolitikern in den Sinn. Erst in jüngerer Zeit kam man in der Lauterbacher CDU auf die Idee, den Stadtteil in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 mit einzu beziehen. Ein Beweis, wie wenig durchdacht sich die Kommunalpolitik mit diesem komplexen Bauvorhaben beschäftigt hat“, kritisiert Dietrich.

Außer den nichts aussagenden Floskeln des Ersten Kreisbeigeordneten Dr. Mischak (CDU), der felsenfest davon überzeugt sei, positive Effekte auf Infra-

struktur und Gewerbeansiedlungen prophetisch voraussagen zu können, gebe es keinen vernünftigen, nachvollziehbaren Grund, sich so eindeutig für diese Umgehung stark zu machen. Zudem fühle sich Mischak außerstande, die derzeitige Debatte und die begründeten Sorgen und Befürchtungen von Unternehmern und Bürgern nachzuvollziehen – „kein Wunder, wenn man es aus der Sicht eines bisherigen Staatsbediensteten betrachtet“. Auch Bürgermeister Vollmöller sehe als Verwaltungsmann nicht den geringsten Grund, an dem Projekt zu zweifeln.

„Für mich drängt sich allerdings die Frage auf, wie und aufgrund welcher Zahlen, Fakten und Analysen die Befürworter zu ihrer Überzeugung gekommen sind. Warum wurden in Lauterbach nie externe Berater oder Fachleute mit einbezogen, die wichtige Beiträge hätten liefern können, um zu einer besseren Beurteilung zu gelangen? Schon einmal musste Lauterbach die bittere Erfahrung machen, wie mit der Einführung einer sogenannten Fußgängerzone, Absperrung der Innenstadt und veränderten

Verkehrswegen, sich das Zentrum zu einer toten Zone entwickelt hat.“ Nichts habe sich aus dieser katastrophalen kommunalpolitischen Fehlentscheidung gelernt.

Neidvoll habe man von Lauterbach aus die beeindruckende Entwicklung der Gemeinde Wartenberg verfolgt und wie an der heutigen Bundesstraße sich Betrieb an Betrieb angesiedelt habe. „Welche Veränderungen könnten sich hier nach einem Straßenneubau einstellen? Wird sich die Gesamtstruktur der Gemeinde verändern? Fragen, die Sorgen bereiten.“ Unabhängig davon sollte man auf jeden Fall den Lärmgeschädigten in Wartenberg helfen. Neben besserem Lärmschutz und



Rudolf Dietrich ist strikter Gegner der neuen Ortsumgehung für Lauterbach. Foto: Archiv/Kempff

Nachfahrverbot für LKWs, gibt es – von Hessen Mobil allerdings abgelehnt – durchaus noch andere Maßnahmen, um den Betroffenen Erleichterung zu verschaffen.“

Bei der Podiumsdiskussion im Wartenberg Oval habe der Größenlüderer Bürgermeister Dietrich dringend geraten, Fachleute mit ins Boot zu nehmen. Verantwortungsvoll und weitsichtig habe sich der Wartenberger Bürgermeister Dr. Dahlmann für eine offene Diskussion in seiner Gemeinde stark gemacht. Sollte die Straße gebaut werden, möchte er einen durchdachten Plan haben, mit dem er auf Strukturänderungen in seiner Gemeinde sofort reagieren kann. „Welchen Plan hat eigentlich Bürgermeister Vollmöller in seiner Schublade? Welche Konzepte haben die politischen Befürworter, wenn negative Auswirkungen nach dem Bau sichtbar werden?“, fragt Dietrich.

Zu den Befürwortern einer neuen Umgehung habe an diesem Diskussionsabend im Oval auch der Bundestagsab-

geordnete Michael Brand gehört. „Er führte aus, dass er sich nach gründlicher Abwägung für den Bau entschieden habe. Erstaunlich ist allerdings dabei, dass ihm entscheidende Planungsvorgaben – wie das Fehlen von Überholspuren und Schallschutzwänden – völlig unbekannt waren. Glauben konnte er dies erst nach Rücksprache mit dem Beauftragten von Hessen Mobil. Die Antwort von Herrn Hansel: Zu geringer Verkehr rechtfertigt die Nichteinplanung!“

Wer aus Verwaltung und Politik habe die Hausbesitzer an der jetzigen Umgehungsstraße einmal darüber informiert, dass eines Tages erhebliche Umlagekosten auf sie zu kämen, weil die Straße zurückgebaut und von der Gemeinde betreut werden müsse? „Überhaupt verstanden es unsere gewählten Volksvertreter zu keinem Zeitpunkt, die Bevölkerung mit diesem komplexen Bauvorhaben vertraut zu machen und sie in Überlegungen und Entscheidungen mit einzubinden.“

Kein Geringerer als Bürgermeister Fiedler habe bereits während seiner Amtszeit den Bau einer Umgehung strikt abgelehnt. „Ableitungen des Verkehrs von einer Stadt sind stets mit Nachteilen verbunden“, sei seine Überzeugung gewesen. Diese Meinung habe auch der Bad Nauheimer Architekt und Städteplaner Hartmut Kind bei der LA-Veranstaltung zur Zukunft der Einkaufsstadt Lauterbach vertreten. Beratungsresistent und unbeeindruckt hätten sich Christ- und Freidemokraten gezeigt.

„Als vor einigen Jahren die Alsfelder CDU einen Umgehungsplan für Alsfeld vorstellte, war die Kritik und der Widerstand aus der Bevölkerung so groß, dass

der Plan schnell wieder verschwand.“ Dringend notwendig wäre auch endlich eine klare Aussage der Lauterbacher SPD zur Umgehung. Mit der wachsenden Äußerung: „Wir brauchen keine neue Umgehung“, drücke man sich bisher um eine eindeutige Festlegung und Stellungnahme, auch wenn jüngst ein Umdenken zu erkennen gewesen sei.

Schon seit Jahren sei eine beängstigende Abwärtsentwicklung der Stadt spürbar und sichtbar. Zahlen und Fakten belegten diesen Trend. Ämter, die eigentlich in die Kreisstadt gehörten, seien nach Alsfeld verlagert worden. „Krankenkassen schlossen ihre Filialen. Immer noch schließen Geschäfte ihre Pforten in der Innenstadt.“ Die Peripherie-Ansiedlung eines Drogerie-Marktes schwäche die innerstädtische Einzelhandelsstruktur. Gewerbebetriebe siedelten um – fänden bessere Rahmenbedingungen außerhalb der Kreisstadt. Noch immer fehle der Stadt eine Unternehmergemeinschaft, die, an Stelle der vor vier Jahren aufgelösten Aktionsgemeinschaft Lauterbach mit Elan und Kreativität für urbanes Leben in der Innenstadt sorgen könnte. Dass dies bisher nicht gelang, sei ein Armutszeugnis für die Lauterbacher Kaufmannschaft. Gäbe es nicht private Investoren wie die Unternehmer Gustav Stabernack und Norbert Jäger, die sich in bemerkenswerter Weise für und in Lauterbach engagierten, sähe es noch trostloser aus.

Mit dem Bau der neuen Umgehungsstraße würden sich die Entwicklung der Stadt und ihre finanzielle Situation weiter verschlechtern, der Sog nach Fulda stärker werden und Lauterbach mit der Region auf der Strecke bleiben. Hoffnung mache, dass nicht nur in Wartenberg, sondern auch in Lauterbach sich das Meinungsbild gegen diesen überflüssigen Bau verstärke. Selbst der politisch gefasste Mehrheitsbeschluss sei in Lauterbach ins Rutschen geraten. Ein Grund mehr, sich ergebnisoffen einer neuen Diskussion und Abstimmung zu stellen.